



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 26. April 2012

N i e d e r s c h r i f t

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.04.2012
Sitzungsbeginn: 16:02 Uhr
Sitzungsende: 17:34 Uhr
Ort, Raum: Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Großer, Elke

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Resch-Hoppstock, Sabine

Ordentliche Mitglieder

Boog, Thomas
Brandes, Katrin
Brücher, Bertold
Deitmar, Reinhard
Keye, Bernfried
Mühlenkamp, Ralf
Vogler, Birgit
Vree, Friedhelm

Abwesend ab 17:18 Uhr

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Perli, Victor

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Harmel, Ralf Vorsitzender der örtlichen
Pflegekonferenz
Meinecke, Wilfried Kreissenorenbeauftragter

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin Dezernentin III
Dr. von Nicolai, Dorothea Leiterin des
Gesundheitsamtes

Rosenthal, Thomas	Leiter des Amtes für Arbeit und Soziales
Vogel, Thomas Dr. Köppert, Axel	Geschäftsführer Jobcenter Abteilungsleiter Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz
Kuhlmann, Carsten	Protokollführer

Es fehlen:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit des XVII. gewählten Kreistages vom 24.11.2011 (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)
6. Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN - Kürzere Wege für Hartz IV-Leistungsberechtigte aus der Samtgemeinde Baddeckenstedt
Vorlage: XVII-0096/2012
7. Neubildung des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0095/2012
8. Änderung der Trinkwasserversorgung zum 01.11.2011 und deren Auswirkungen -
mündlicher Bericht von Herrn Dr. Köppert -
9. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4
NKomVG, §§ 23, 4i GO)
10. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzenden Frau KAbg. Großer eröffnet um 16:02 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie teilt mit, dass die KAbg. Dinter entschuldigt fehlt.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Die Ausschussvorsitzende befragt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses inwieweit Einwände gegen die mit Datum vom 3. April 2012 versandte Tagesordnung bestehen. Da dieses nicht der Fall ist, stellt die Ausschussvorsitzende fest, dass nach dieser Tagesordnung verfahren wird.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit des XVII. gewählten Kreistages vom 24.11.2011 (§§ 23, 4d GO)

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit genehmigt einstimmig die Niederschrift über seine 1. Sitzung am 24. November 2011, die allen Kreistagsmitgliedern und den übrigen Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit übersandt worden ist.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Herr KAbg. Brücher richtet an den Ausschuss die Anfrage inwieweit sich dieser mit der Thematik einer kostenfreien Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für materiell nicht so gut gestellte Mitbürger befassen könne. Ihn interessiert hierbei vorrangig für welchen Personenkreis man dieses zur Verfügung stellen könne und welcher finanzielle Aufwand damit verbunden wäre.

Die Ausschussvorsitzende ergänzt hierzu, dass sich der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit bereits in seiner 25. Sitzung am 8. September 2011 mit dieser Thematik befasst hat. Sie stimmt aber Herrn KAbg. Brücher zu, dass sich dieser Ausschuss erneut und intensiver mit diesem Thema auseinandersetzen wolle.

Frau Klooth richtet seitens der Verwaltung an die Fraktionen die Bitte, die Rahmenbedingungen dieser Anfrage näher auszuführen. Dadurch könne ein konkreter Prüfauftrag an die Verwaltung formuliert werden.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock ergänzt zu dieser Anfrage, das ebenfalls von Interesse sei, ob verbilligte Zugangsmöglichkeiten auch zu anderen öffentlichen und auch kommerziell geführten Einrichtungen geschaffen werden könnten. Ansonsten unterstützt sie die Bitte von Frau Klooth.

Herr KAbg. Brücher schließt seine Anfrage, dass er die Bitte der Verwaltung nachvollziehen könne und seitens der Fraktion eine schriftliche Spezifizierung der Anfrage erfolgt.

Herr KAbg. Perli regt an, sich mit dem Ergebnis der Untersuchung zur Kinderarmut im braunschweiger Land zu beschäftigen, die seitens der Diakonie initiiert war. Ihn würde hier vor allem interessieren, welche Erkenntnisse sich für den Bereich des Landkreises Wolfenbüttel ergeben hätten.

Frau Klooth teilte daraufhin mit, dass die Studie sehr Kleinteilig angelegt war und viele interessante Aspekte ergibt. Man müsse sich daher im Klaren sein, unter welcher Zielsetzung sich damit beschäftigt würde. Darüber hinaus plane die Diakonie ein. Sie werde Kontakt zur Diakonie aufnehmen.

**TOP 6 Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN - Kürzere Wege
für Hartz IV-Leistungsberechtigte aus der Samtgemeinde
Baddeckenstedt
Vorlage: XVII-0096/2012**

Herr KAbg. Perli erläutert kurz die Beweggründe seines Antrages.

Frau KAbg. Brandes berichtet hierzu, dass ihr in der Samtgemeinde Baddeckenstedt bisher keine Beschwerden diesbezüglich bekannt geworden sind.

Frau KAbg. Großer ergänzt hierzu, dass zu den vorhandenen Sprechzeiten des jobcenters in der Samtgemeinde Baddeckenstedt regelmäßig Termine vergeben werden. Diese würden teilweise von den betroffenen Personen nicht wahrgenommen.

Frau Klooth erläutert hierzu die Schwierigkeiten eines Kooperationsmodelles. Hierdurch würden einerseits Einflussmöglichkeiten auf die Geschehnisse in der Samtgemeinde Baddeckenstedt verloren gehen und andererseits würden die Verwaltungskosten des jobcenters Wolfenbüttel erhöht, mit der Folge, dass dann weniger finanzielle Mittel für den Eingliederungstitel vorhanden sind. Anschließend bittet Frau Klooth den anwesenden Geschäftsführer des jobcenters Wolfenbüttel, Herrn Vogel, kurz um Erläuterung, wie viele Personen in der Samtgemeinde Baddeckenstedt betroffen sind.

Herr Vogel berichtet hierzu, dass derzeit rund 300 Personen in Baddeckenstedt in der Arbeitsvermittlung betreut werden. Im Rahmen eines Profiling wird von jedem Kunden unter anderem die Mobilität abgefragt. Hierbei haben derzeit 34 Personen mangelnde Mobilität als Vermittlungshemmnis angegeben. Er ergänzt weiterhin, dass z. B. bei Widersprüchen nicht unbedingt ein persönliches Erscheinen im jobcenter notwendig ist. Hierfür werden Termine seitens des jobcenters in der Samtgemeinde gestellt. Darüber hinaus gäbe es die Möglichkeit einer Fahrtkostenerstattung, wenn das jobcenter den Besuch in Wolfenbüttel verlangt hat.

Frau KAbg. Großer bedankt sich bei Herrn Vogel für die Ausführung und ergänzt, dass das jobcenter noch dieses Jahr umzieht und dadurch eine bessere Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr erreicht wird.

Auf Nachfrage von Herrn KAbg. Perli ergänzt Herr Vogel, dass im Rahmen des Profiling aktiv die Mobilität abgefragt würde. Darüber hinaus gäbe es im Rahmen der Arbeitsvermittlung persönliche Ansprechpartner, die nicht durch den bestehenden Bereitschaftsdienst für Baddeckenstedt im

Rahmen der Leistungssachbearbeitung ersetzt werden könnten. Hierdurch würde der Informationsfluss zum zuständigen persönlichen Ansprechpartner zu sehr gehemmt.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock fasst zusammen, dass sie die Argumentation der Verwaltung nachvollziehen und keinen Prüfauftrag bezüglich des Zuständigkeitswechsels aussprechen möchte. Dieser Auffassung stimmt Herr KAbg. Brücher zu und ergänzt, dass er der zweiten Alternative jedoch folgen könne, insoweit, dass geprüft würde, ob die verstärkte Präsenz des Jobcenters in der Samtgemeinde Baddeckenstedt durch eine Ausweitung der Sprechzeiten erreicht werden könne.

Frau KAbg. Brandes fragt nach, über welche Anzahl von Kontakten in der Samtgemeinde Baddeckenstedt gesprochen wird.

Herr Vogel erläutert daraufhin kurz, dass Kundenkontaktdichtekonzept wonach Kundenkontakte individuell zwischen einmal monatlich bis hin zu alle sechs Monate stattfinden können. Eine pauschale Häufigkeit der Kundenkontakte kann nicht genannt werden, da diese einzelfallbezogen und nach Art der benötigten Betreuung festgelegt würden.

Herr KAbg. Perli erklärt, dass er den Antrag nur in der Alternative aufrecht erhalte. Er ergänzt, dass er seinen Antrag eher als Diskussionsgrundlage für weitere Gespräche sehe und schlägt aufgrund der Ausführungen seiner Vorredner vor, seinen Antrag dahingehend abzuändern, dass er in die Fraktionen zur weiteren Diskussion zurückverwiesen werde, um anschließend im Ausschuss darüber abzustimmen.

Die Vorsitzende stellt den vorgetragenen Antrag zur Abstimmung und es ergeht nachfolgender

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN – Kürzere Wege für Hartz IV-Leistungsberechtigte aus der Samtgemeinde Baddeckenstedt wird einstimmig in die Fraktionen zur weiteren Beratung zurückverwiesen. Der Antrag wird nach dieser Beratung erneut dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

**TOP 7 Neubildung des Beirates für Menschen mit Behinderungen im
Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0095/2012**

Frau Klooth erörtert kurz die Beweggründe der Vorlage. Derzeit befinde sich der alte Beirat noch im Amt. Für die Neuberufung der Mitglieder wurden laut Satzung Vorschläge der Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen sowie der aus dem Teilhaushalt 50 bezuschussten Verbände und Institutionen erbeten. Es gäbe nun 11 Vorschläge für Mitglieder, die Satzung sehe aber nur 7 Mitglieder vor. Es stellte sich nun die Frage, nach welchen Kriterien Mitglieder ausgewählt werden könnten, zumal das Gremium noch relativ neu ist und sich noch in seiner Arbeitsweise findet. Daher wäre es nach Ansicht von Frau Klooth eher unglücklich, mitarbeitwillige Personen auszuschließen, zumal die Arbeit bei 11 Mitgliedern nicht behindert würde. Bis zum Ende dieser Wahlperiode könnten dann konkrete Verfahrensbestimmungen zur Auswahl und Anzahl der Beiratsmitglieder erarbeitet werden.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock fragt nach, ob und in welcher Form der Gehörlosenverband an der Findung der Mitglieder beteiligt wurde.

Hierauf antwortet Herr Rosenthal, dass sowohl der auris Stadt- und Regionalverband der Hörgeschädigten Braunschweig e.V. als auch die Wolfenbütteler Interessengemeinschaft für Behinderte WIB e.V. angeschrieben worden seien, auf die Anfrage hin aber keinen Vorschlag

gemeldet haben.

Da keine weiteren Nachfragen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Beratung und es ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt von der Sitzungsvorlage Nr. XVII-0095/2012 Kenntnis und empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen folgenden Beschluss zu fassen:

Die namentlich in der Anlage aufgeführten Personen werden für die Dauer der Wahlperiode des XVII. gewählten Kreistages als ordentliche Mitglieder sowie als stellvertretendes Mitglied in den Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wolfenbüttel berufen.

TOP 8 Änderung der Trinkwasserversorgung zum 01.11.2011 und deren Auswirkungen - mündlicher Bericht von Herrn Dr. Köppert -

Herr Dr. Köppert informiert unter Zuhilfenahme einer Präsentation über die Änderungen der Trinkwasserversorgung zum 01.11.2011 und deren Auswirkungen. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Herr KAbg. Keye fragt nach, aus welchem Grund bisher nur sehr wenige Meldungen bzw. meldepflichtige Anlagen erfasst sind.

Hierzu ergänzt Dr. Köppert, dass die Information der Bevölkerung zu dieser Thematik weiter geht und im Zuge dieser Information sicherlich eine größere Anzahl von Meldungen akquiriert wird.

Frau Dr. von Nicolai ergänzt, dass die Erfassung der Meldungen einen erhöhten Arbeitsaufwand darstellt. Zur Arbeitserleichterung soll zur Erfassung der Meldungen eine entsprechende EDV-Lösung angeschafft werden.

TOP 9 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Frau Klooth berichtet über den Sachstand in der Vergabe der Schuldnerberatung. Derzeit finden diesbezüglich Verhandlungen mit der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wolfenbüttel e. V. statt. Bezüglich der Aufgabenverteilung zwischen Arbeiterwohlfahrt, jobcenter und Landkreis Wolfenbüttel soll sich an der eigentlichen vertraglichen Konstellation nichts ändern. Der Landkreis Wolfenbüttel wird mit der AWO den entsprechenden Vertrag schließen und das jobcenter als weiteren Vertragspartner mit einbeziehen. Augenblicklich wird die Neugestaltung des Vertragswerkes genutzt, um ein effektiveres Verfahren in der Schuldnerberatung zu gestalten.

Herr Rosenthal berichtet über ein Urteil des Bundessozialgerichtes zur Berücksichtigung von grundsicherungsrelevanten Kosten der Unterkunft für behinderte erwachsene Kinder, die im Haushalt der Eltern leben. Damit im Rahmen der Bewilligung von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Bedarf für Unterkunft und Heizung rechtmäßig berücksichtigt werden könnten, müssten zwischen den Eltern und den Kindern mietvertragliche Regelungen existieren. Auf die Betroffenen solle aktiv zugegangen werden um über die Rechtslage zu informieren und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dazu solle auch die Betreuungsstelle des Landkreises

eingebunden werden. Auf der letzten Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wolfenbüttel sei bereits über das Vorhaben berichtet worden. Des Weiteren wurde mit der ehemaligen Elterninitiative, die sich zur Abzweigung von Kindergeldleistungen gebildet hat, Kontakt gesucht. Mit der Elterninitiative und der Betreuungsstelle wäre bereits eine Informationsveranstaltung durchgeführt worden. Herr Rosenthal betont abschließend nochmals, dass es nicht darum ginge, Gelder einzusparen, sondern die Thematik auf rechtlich einwandfreie Füße zu stellen.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock regt an, diesbezüglich auch mit der Lebenshilfe Helmstedt-Wolfenbüttel Kontakt aufzunehmen. Hierauf antwortet Herr Rosenthal, dass bereits über die Elterninitiative ein enger Kontakt bestünde und über die dort vernetzten Eltern ein Infobrief seitens der Lebenshilfe verteilt würde.

Herr KAbg. Mühlenkamp lobt den Weg des Landkreises, eine einheitliche Regelung bezüglich der Unterkunft- und Heizkosten herbei zu führen und die Betroffenen in der vorgetragenen Weise zu informieren und zu beteiligen.

Abschließend berichtet Frau Dr. von Nicolai, dass die nächste Gesundheitskonferenz am 27. Juni 2012 stattfinden würde. Darüber hinaus sei bezüglich der Untersuchung zur Häufigkeit der Krebserkrankungen in der Samtgemeinde Asse der Abschlussbericht bereits in Arbeit. Dieser würde nach dem parlamentarischen Sommerferien der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Weitere Unterrichtungspunkte liegen nicht vor.

TOP 10 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil dieser Sitzung um 17:33 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in